AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 100

DIENSTAG, DEN 22. DEZEMBER

2015

Inhalt:

	Seite		Seite
Anordnung zur Durchführung des Hamburgischen		Einführung der LAGA-Mitteilung 23	2135
Gesetzes über die Durchführung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners	2133	Einführung der LAGA-Mitteilung 37	2136
Benennung von Verkehrsflächen		Öffentliche Bekanntmachung eines Bauvorhabens sowie Gelegenheit zur Einsichtnahme in Unterla-	
Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezoge- nen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer	nach dem Gesetz über die Umweltverträ keitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG)	gen und Äußerung zu den Umweltauswirkungen nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG)	2136
Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	2135	Änderung der Friedhofssatzung und Neue Fried-	
Anpassung der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes der Berner Au	2135	hofsgebührensatzung 2016 des Neuen Friedhof Harburg in Trägerschaft des EvLuth. Gesamtverbandes Harburg	
Veröffentlichung des Hochwasserrisikomanage- mentplans der Flussgebietsgemeinschaft Elbe	2135		2136

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Durchführung des Hamburgischen Gesetzes über die Durchführung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners

Vom 15. Dezember 2015

I

Zuständig für die Durchführung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners nach den Artikeln 57 und 57 a der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABI. EU 2005 Nr. L 255 S. 22, ABI. EU 2007 Nr. L 271 S. 18, ABI. EU 2008 Nr. L 93 S. 28, ABI. EU 2009 Nr. L 33 S. 49, ABI. EU 2014 Nr. L 305 S. 115), zuletzt geändert am 20. November 2013 (ABI. EU Nr. L 354 S. 132), in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit Artikel 6 der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABI. EU Nr. L 376 S. 36) in der jeweils geltenden Fassung ist

die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Π

Diese Anordnung tritt am 18. Januar 2016 in Kraft. Gegeben in der Versammlung des Senats, Hamburg, den 15. Dezember 2015.

Amtl. Anz. S. 2133

Benennung von Verkehrsflächen

Der Senat hat am 14. Dezember 2015

 die nachstehend beschriebenen Verkehrsflächen wie folgt benannt:

im Bezirk Hamburg-Mitte

Stadtteil Billstedt

- Ortsteil 130 -

a) den insgesamt etwa 160 m langen, von der Möllner Landstraße - etwa 20 m südwestlich der Einmündung Öjendorfer Steinkamp - zunächst etwa 70 m nach Südsüdosten führenden und einen kleinen Platz bildenden, neu herzustellenden Weg einschließlich eines etwa 65 m langen, von diesem Platz nach Westsüdwesten abzweigenden, zum Wittdüner Weg führenden und dort in einer Kehre endenden Stichweges sowie eines etwa 30 m langen, von diesem Platz nach Nordosten abzweigenden und in einer Kehre endenden Stichweges, sowie den von dem genannten Platz etwa 70 m nach Südsüdosten weiterführenden und in einer Kehre endenden Haupterschließungsweg einschließlich eines von dieser Kehre etwa 40 m nach Südwesten sowie eines etwa 40 m nach Nordosten abzweigenden und jeweils in einer Kehre endenden Stichweges sowie schließlich eines etwa 20 m langen und etwa 5 m breiten Verbindungsweges, der von der genannten Kehre zum nachstehenden Marianne-Timm-Weg führt, gemeinsam

Horst-Böttjer-Weg,

 b) den insgesamt etwa 65 m langen, vom Verbindungsweg Horst-Böttjer-Weg zunächst etwa 25 m nach Südosten führenden und sich trichterförmig auf 15 m Breite aufweitenden sowie von dort – in etwa 5 m Breite – noch etwa 40 m nach Südosten weiterführenden und in einer Kehre endenden, neu herzustellenden Haupterschließungsweg einschließlich eines etwa 60 m langen, von der genannten Aufweitung nach Südwesten abzweigenden und zum Landjägerstieg führenden Stichweges, der dort eine kleine Kehre aufweist, sowie eines etwa 50 m langen, gegenüber nach Nordosten abzweigenden und in einer Kehre endenden Stichweges, gemeinsam

Marianne-Timm-Weg,

Stadtteil Rothenburgsort

- Ortsteil 132 -

die bereits vorhandene, etwa 150 m lange und etwa 50 m breite, vom Ausschläger Elbdeich nach Süden über die Billwerder Bucht zum Kaltehofe-Hauptdeich führende Straßenbrücke

Kaltehofer Brücke,

Stadtteil Waltershof

– Ortsteil 140 –

die insgesamt etwa 360 m lange, von der Kehre Am Genter Ufer südlich des Dradenauhafens zunächst etwa 160 m nach Nordwesten verlaufende, dann etwa 200 m nach Südwesten abknickende und an der Kehre Aue-Hauptdeich endende, neu hergestellte Straßenverlängerung

Am Genter Ufer,

im Bezirk Hamburg-Nord

Stadtteil Barmbek-Nord

- Ortsteil 427 -

den etwa 87 m langen und etwa 13 m breiten, von der Drosselstraße – etwa 40 m westlich der Fuhlsbüttler Straße – nach Südwesten zur Krüsistraße – etwa 20 m westlich der Kehre Pestalozzistraße – führenden und am Bahnhofsgebäude Barmbek endenden, neu herzustellenden Gehweg

Massaquoipassage,

im Bezirk Harburg

Stadtteil Neugraben-Fischbek – Ortsteil 715 –

die etwa 400 m lange, vom Torfstecherweg – etwa 110 m westlich parallel zum Straßenzug Am Johannisland/Lichtnelkenweg – nach Nordnordwesten führende und etwa 35 m nordwestlich Plaggenmoor stumpf endende, neu hergestellte Erschließungsstraße

Storchenwiese,

die nachstehend beschriebenen Verkehrsflächen wie folgt umbenannt:

im Bezirk Hamburg-Nord

Stadtteil Langenhorn

- Ortsteil 432 -

a) die etwa 155 m lange, von der Theodor-Fahr-Straße – etwa 50 m südlich Neubergerweg – nach Westsüdwesten führende und an einer Grundstücksgrenze endende bisherige Konjetznystraße in

Annie-Kienast-Straße,

b) die insgesamt etwa 790 m lange, von der Theodor-Fahr-Straße – etwa 40 m östlich der Einmündung Parowstraße – zunächst nach Südsüdwesten zum Oehleckerring führende, dann innerhalb und südlich dieses Ringes nach Südsüdosten weiterführende und in einer Kehre mit nach Südosten angefügtem Wegeteil endende bisherige Max-Nonne-Straße in

Ursula-de-Boor-Straße,

3. beschlossen, dass auf die Erhebung von Verwaltungsgebühren, die den Anliegern und Gewerbebetrieben der Konjetznystraße und der Max-Nonne-Straße im Zusammenhang mit der Umbenennung entstehen, verzichtet wird.

 festgestellt, dass die Umbenennungen der Annie-Kienast-Straße und der Ursula-de-Boor-Straße am 1. Mai 2016 in Kraft treten und alle anderen Benennungen dieses Beschlusses mit dem Beschlussdatum in Kraft treten

Pläne über die Lage der neu benannten Verkehrsflächen können bei den zuständigen Bezirksämtern (Fachamt "Management des öffentlichen Raumes") und beim Staatsarchiv Hamburg, Kattunbleiche 19, II. Stock, Zimmer V 220, 22041 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 14. Dezember 2015

Die Kulturbehörde
– Staatsarchiv –

Amtl. Anz. S. 2133

Anhang

Erklärung der neuen Namen

Horst-Böttjer-Weg

nach Horst B. (1931-2011), Ortsamtsleiter in Billstedt 1971-1994

Marianne-Timm-Weg

nach Henriette Marianne T. (1913-1993), evangelische Theologin und Religionspädagogin

Kaltehofer Brücke

in Anlehnung an die Elbinsel Kaltehofe, zu der die auf Sperrwerksbauten errichtete Straßenbrücke über die Billwerder Bucht führt

Massaquoipassage

nach Hans-Jürgen M. (1926 Hamburg – 2013 Jacksonville, Florida, USA), deutsch-amerikanischer Journalist und Schriftsteller, aufgewachsen in Barmbek-Süd, zog 1948 nach Monrovia/Liberia, erhielt die amerikanische Staatsbürgerschaft; Chefredakteur der afroamerikanischen Zeitschrift Ebony, schrieb 1999 die Autobiografie "Neger, Neger, Schornsteinfeger", kam zu Lesungen und Talkshow-Auftritten nach Deutschland

Storchenwiese

in Anlehnung an die angrenzenden Wiesenflächen

Annie-Kienast-Straße

nach Annie K. (1897-1984), Verkäuferin, später Abteilungsleiterin; ab 1918 Mitglied der SPD und einer Gewerkschaft, 1934 aus politischen Gründen bei der PRO entlassen, 1946-1949 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD); Verfolgte des Nationalsozialismus

Ursula-de-Boor-Straße

nach Ursula d. B. (1915-2001), Ärztin; seit 1940 Assistenzärztin in St. Georg, 1941 Versetzung in die Kinderklinik des UKE, beteiligt am Aufbau der "candidates of humanity", nach dem Krieg wurde diese Widerstandsgruppe junger Mediziner gegen das NS-Regime "Weiße Rose Hamburg" genannt, 1943 Verhaftung durch die Gestapo, ab 1944 Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, Februar 1945 Verlegung in das Gefängnis nach Bayreuth, Befreiung im April 1945 von Angehörigen der US-Armee; Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma ReTec Zweite Betriebs UG & Co. KG hat bei der Behörde für Umwelt und Energie Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Genehmigung nach §4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb von fünf Windkraftanlagen (Nummer 1.6.2 des Anhangs der 4. Verordnung zum BImSchG) im Eignungsgebiet für Windenergieanlagen "Curslack/Bergedorf" beantragt. Vier Windkraftanlagen haben eine Gesamthöhe von 178,4 m über Geländeoberkante (GOK) und eine Windkraftanlage hat die Gesamthöhe von 149,4 m über GOK. Alle Windkraftanlagen haben einen Rotordurchmesser von 116,8 m.

Die Errichtung und der Betrieb der Anlagen stellt ein Vorhaben nach Nummer 1.6.3 Spalte 2 Buchstabe S der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar. Nach der gemäß § 3 c Satz 2 UVPG vorgenommenen standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Umwelt und Energie Hamburg auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung der Feststellung, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Umwelt und Energie Hamburg - Amt für Immissionsschutz und Betriebe - nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 11. Dezember 2015

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 2135

Anpassung der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes der Berner Au

Das durch Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger Nummer 46 am 13. Juni 2014 vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet der Berner Au wird gemäß §54 Absatz 3 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) in Verbindung mit §76 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) angepasst. Die Karten werden nach §54 Absatz 3 HWaG in der Fassung vom 29. März 2005, zuletzt geändert am 4. Dezember 2012, in Verbindung mit §76 Absatz 4 WHG vom 31. Juli 2009, zuletzt geändert am 31. August 2015, an folgenden Orten vom 4. Januar 2016 bis 4. Februar 2016 während der Dienststunden öffentlich ausgelegt:

- Behörde für Umwelt und Energie, Neuenfelder Straße 19, Raum E.01.274, 21109 Hamburg;
- Bezirksamt Wandsbek, Zentrum für Wirtschaft, Bauen, Umwelt, Schloßgarten 9, Foyer im Erdgeschoss, 22041 Hamburg.

Die Karten werden zusätzlich für die Dauer der vorläufigen Sicherung zur Einsicht durch jedermann bei der zuständigen Wasserbehörde aufbewahrt. Weiterhin können die Karten im Internet unter http://www.hamburg.de/ueberschwemmungsgebiete/ eingesehen werden.

Hamburg, den 16. Dezember 2015

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 2135

Veröffentlichung des Hochwasserrisikomanagementplans der Flussgebietsgemeinschaft Elbe

Gemäß §75 Absatz 6 und §79 Absatz 1 WHG wird am 22. Dezember 2015 der Hochwasserrisikomanagementplan (HWRM-Plan) der Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe) veröffentlicht. Inhalt des HWRM-Plans sind angemessene und an das durch Hochwasser gefährdete Gebiet angepasste Ziele und Maßnahmen, mit denen die Hochwasserrisiken reduziert werden können.

Grundlage für den HWRM-Plan bilden die 2011 durchgeführte vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos (gemäß § 73 WHG) sowie die 2013 erstellten Hochwassergefahren- und -risikokarten (gemäß § 74 WHG). Im Rahmen der vorläufigen Bewertung des Hochwasserrisikos wurde abgeschätzt, an welchen Gewässer- und Küstenabschnitten potenzielle signifikante Hochwasserrisiken für die Schutzgüter bestehen bzw. künftig zu erwarten sind. Diese Gewässer- oder Küstenabschnitte bilden die Grundlage für die Ermittlung von Hochwasserrisikogebieten. Für diese Gebiete wurden Hochwassergefahren- und -risikokarten erstellt. Diese Karten zeigen die flächenhafte Ausdehnung von Hochwasserereignissen bestimmter Jährlichkeiten sowie die jeweils von Hochwasser betroffenen Gebiete und Schutzgüter. Hochwasserrisikomanagementpläne werden für die Risikogebiete in den Flussgebietseinheiten aufgestellt. Sie sind nach §75 Absatz 4 WHG mitgliedsstaatenübergreifend zu koordinieren sowie nach Absatz 5 der Vorschrift auf deutschem Hoheitsgebiet als einziger Plan für eine Flussgebietseinheit zu erstellen.

Die FGG Elbe hat beschlossen, für das deutsche Elbeeinzugsgebiet einen gemeinsamen Hochwasserrisikomanagementplan aufzustellen und diesen im Internet unter www.fgg-elbe.de zu veröffentlichen. Dieser länderübergreifende Plan hat ebenso Gültigkeit für die gesamte Flussgebietseinheit Elbe, wie auch für die einzelnen Länder der FGG Elbe, so auch für Hamburg.

Der HWRM-Plan der FGG Elbe wird gemeinsam mit zugehörendem Umweltbericht und zugehörender Umwelterklärung ab dem 22. Dezember 2015 im Pdf-Format zusätzlich auf der Internetseite der Behörde für Umwelt und Energie unter folgender URL zur Verfügung gestellt: www.hamburg.de/hochwasserrisikomanagementplan.

Für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg wurde als Ergänzung und Konkretisierung des HWRM-Plans der FGG Elbe eine eigene Veröffentlichung erstellt. In diesem Hintergrunddokument werden die grundlegenden Informationen zum Hochwasserrisikomanagement für Hamburg bereitgestellt. Im Anhang zu diesem Hintergrunddokument sind die insgesamt etwa 240 grundliegenden Einzelmaßnahmen aufgelistet, die in aggregierter Form in den nationalen HWRM-Plan eingegangen sind. Dieses Hintergrunddokument steht ebenfalls ab dem 22. Dezember 2015 unter gleicher URL im Pdf-Format zur Verfügung.

Hamburg, den 16. Dezember 2015

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 2135

Einführung der LAGA-Mitteilung 23

Die Behörde für Umwelt und Energie führt die "Vollzugshilfe zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle" (LAGA-Mitteilung 23; Stand: Juni 2015) in der von der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) im Internet veröf-

fentlichten Fassung ein, siehe www.laga-online.de (Mitteilungen).

Hamburg, den 16. Dezember 2015

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 2135

Einführung der LAGA-Mitteilung 37

Die Behörde für Umwelt und Energie führt die LAGA-Mitteilung 37 "Anforderungen an die Hersteller und Vertreiber im Rahmen der Rücknahme von Verkaufsverpackungen, der Hinterlegung der Vollständigkeitserklärung sowie zur Prüfung der Mengenstromnachweise durch Sachverständige nach den §§6, 10 und Anh. I der Verpackungsverordnung" (Stand: September 2015) in der von der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) im Internet veröffentlichten Fassung ein, siehe www.laga-online.de (Mitteilungen).

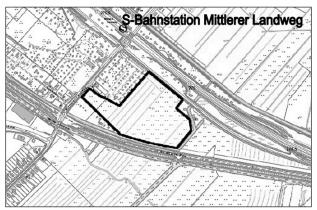
Hamburg, den 16. Dezember 2015

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 2136

Öffentliche Bekanntmachung eines Bauvorhabens sowie Gelegenheit zur Einsichtnahme in Unterlagen und Äußerung zu den Umweltauswirkungen nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG)

Die Firma FEWA Grundstücksgesellschaft GmbH & Co. KG, Caffamacherreihe 7 in Hamburg, hat beim Bezirksamt Bergedorf, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Abteilung Bauprüfung, einen Antrag auf Baugenehmigung für den Neubau einer Unterkunft für Flüchtlinge oder Asylbegehrende mit bis zu 3400 Plätzen und den dazugehörigen Folgeeinrichtungen am Mittleren Landweg, Flurstücke 1507-1 und 5461-1 in der Gemarkung Billwerder, gestellt.



Die beabsichtigte Maßnahme stellt ein Vorhaben im Sinne von §1 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) dar, für welches eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Für das Vorhaben, das hiermit öffentlich bekannt gemacht wird, ist gemäß Anlage 1 Nummer 2.6.2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles

durchzuführen, da es sich um den Bau eines Städtebauprojektes für sonstige bauliche Anlagen mit einer zulässigen Grundfläche im Sinne des § 19 Absatz 2 der Baunutzungsverordnung von insgesamt 20 000 m² bis weniger als $100\,000\,\mathrm{m}^2$ handelt. Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durch die zuständige Behörde (hier Bezirksamt Bergedorf) ergab, dass erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Die Unterlagen nach §6 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen betreffend das Vorhaben, die der zuständigen Behörde zum Zeitpunkt des Beginns des Beteiligungsverfahrens vorliegen, liegen in der Zeit vom 23. Dezember 2015 bis einschließlich 20. Januar 2016 an den Werktagen (außer sonnabends) montags bis donnerstags 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr im Bezirksamt Bergedorf, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Wentorfer Straße 38 a, im II. Obergeschoss, Raum 212, 21029 Hamburg, zur Einsicht aus und können ab dem 23. Dezember 2015 unter

www.hamburg.de/bergedorf/4653730/mila/online eingesehen werden.

Gleichzeitig wird der betroffenen Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, sich zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens zu äußern. Entsprechende Stellungnahmen können bis zum 20. Januar 2016 (einschließlich) schriftlich bei der vorgenannten Dienststelle oder per E-Mail unter

milal@bergedorf.hamburg.de

vorgebracht werden.

Hamburg, den 10. Dezember 2015

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 2136

Änderung der Friedhofssatzung und Neue Friedhofsgebührensatzung 2016 des Neuen Friedhof Harburg in Trägerschaft des Ev.-Luth. Gesamtverbandes Harburg

Die Verbandsversammlung des Ev.-Luth. Gesamtverbandes Harburg hat am 26.11.2015 für seinen Neuen Friedhof Harburg eine Änderungssatzung zur Friedhofssatzung und die Friedhofsgebührensatzung 2016 beschlossen.

Diese wurden durch den Kirchenkreisrat des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost am 09.12.2015 kirchenaufsichtlich genehmigt.

Die Änderungssatzung und die Friedhofsgebührensatzung 2016 sind im Internet unter der Adresse: www.gesamtverband-harburg.de/friedhof/ dauerhaft zur Einsichtnahme bereitgestellt worden.

Ferner können die Änderungssatzung und die Friedhofsgebührensatzung 2016 während der Öffnungszeiten im Büro der Friedhofsverwaltung, Bremer Str. 236, 21073 Hamburg, eingesehen werden.

Die Änderung der Friedhofssatzung und die Friedhofsgebührensatzung 2016 treten am Tage nach dieser Bekanntmachung in Kraft.

Hamburg, den 21. Dezember 2015

Neuer Friedhof Harburg in Trägerschaft des Ev.-Luth. Gesamtverbandes Harburg Amtl. Anz. S. 2136

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Deutschland

Kontaktstelle(n):

Bearbeiter: Herr Weimann Telefon: +49/(0)40/42842-218 Telefax: +49/(0)40/42792-1200

E-Mail:

PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten

an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)

Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene.

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

4121 G 1302

Umb. Hs 1 Südflügel Mitte, Kreuzbau, Interim

KG400 - techn. Dämmung+Brandschutz,

Südflügel – Mitte –

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauleistung

Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Techn. Dämmung und Brandschutz an Sanitärtechnischen-, Heizungstechnischen-, Lüftungsund Kälte-/Kühlwasseranlagen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45.21.51.40 Ergänzende Gegenstände: 45.32.10.00,

45.34.31.00

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

KG410:

Ca. 34 Stk Brandschutzabschottung nichtbrennbare Entsorgungsleitungen DN40 – DN150.

Ca. 57 Stk Brandschutzabschottung nichtbrennbare Versorgungsleitungen $\rm DN12-DN100.$

Ca. 65 m Wärmedämmung Mineralwolle inkl. Alu-Ummantelung DN20 – DN50, zzgl. Formund Verbindungsstücke.

Ca. 620 m Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert DN12 – DN40, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

Ca. 65 m Schwitzwasserdämm. synth. Kautschuk inkl. Alu-Ummantelung DN20 – DN50, zzgl. Form- und Verbindungsstü-cke.

Ca. 630 m Schwitzwasserdämmung synth. Kautschuk DN12 – DN50, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

Unter erschwerten Bedingungen im Installationsgang:

Ca. 280 m Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert DN12 – DN50, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

Ca. 530 m Schwitzwasserdämmung synth. Kautschuk DN12 – DN200, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

KG420:

Ca. 176 Stk Brandschutzabschottung nichtbrennbare Versorgungsleitungen DN20 – DN100.

Ca. 390 m Wärmedämmung Mineralwolle inkl. Alu-Ummantelung DN32 – DN80, zzgl. Formund Verbindungsstücke.

Ca. 3.920 m Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert DN15 – DN50, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

Unter erschwerten Bedingungen im Installationsgang:

Ca. 1.220 m Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert DN20 – DN80, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

KG430:

Ca. 815 m² Wärmedämmung Mineralwolle inkl. Ummantelung Stahlblech.

Ca. 1.730 m² Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert.

Ca. 1.880 m Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert DN80 – DN355

KG434:

Ca. 18 Stk Brandschutzabschottung nichtbrennbare Versorgungsleitungen DN20 – DN32.

Ca. 80 m Kältedämmung synth. Kautschuk inkl. Alu-Ummantelung DN32 – DN150, zzgl. Formund Verbindungsstücke.

Ca. 3.040 m Kältedämmung synth. Kautschuk DN15 – DN150, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

Unter erschwerten Bedingungen im Installationsgang:

Ca. 210 m Kältedämmung synth. Kautschuk inkl. Alu-Ummantelung DN65, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

II.2.2) Optionen: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Beginn: 22. Februar 2016 Ende: 25. Mai 2017

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem

Vertreter).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

> Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: -

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren Vergabe Nr. 15 E 0363

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsinformationen

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:15 E 0363

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABI: 2015/S 042-070924 vom 25. Februar 2015

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

5. Januar 2016, 24.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 31,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Verwendungszweck: Vergabe 15 E 0363

Kontonummer: 1027 210 333, BLZ, 200 505 50

IBAN: DE22 2005 0550 1027 2103 33 BIC-Code: HASPDEHHXXX Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

2. Februar 2016, 10.00 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 18. März 2016
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

2. Februar 2016, 10.00 Uhr

Ort: Anschrift siehe Nr. I.1

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmachtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) Dauerauftrag: -
- VI.2) Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird: –
- VI.3) Sonstige Informationen

Tag der Absendung der Verdingungsunterlagen an die Käufer der Unterlagen: 12. Januar 2016

- VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren: –
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 14. Dezember 2015

ANHANG B ANGABE ZU DEN LOSEN

Los-Nr. 16

Bezeichnung: KG400 – Technische Dämmung und Brandschutz

1) Kurze Beschreibung:

Technische Dämmung und Brandschutz an haustechnischen Anlagen

KG410: Wärme- u. Schwitzwasserdämmung an Ver- u. Entsorgungsleitungen aus Kupfer/Edelstahl/Guss, mit teilweiser Ummantelung aus ALU. Die Leitungen sind zum Teil unter erschwerten Bedingungen im Installationsgang verlegt. Sowie Brandschutzabschottungen bei Querung von Brandabschnitten.

KG420: Wärmedämmung an Heizungsleitungen aus Kupfer/Edelstahl/Stahl, mit teilweiser Ummantelung aus ALU. Die Leitungen sind zum Teil unter erschwerten Bedingungen im Installationsgang verlegt. Sowie Brandschutzabschottungen bei Querung von Brandabschnitten.

KG430: Wärme- u. Schwitzwasserdämmung an luftführenden rechteckigen und runden Kanälen aus verzinkten Stahlblech/Kunststoff, mit teilweiser Ummantelung aus Stahlblech.

KG434: Kälte- u. Schwitzwasserdämmung an Kühlwasser- und Kältemittelleitungen aus Kupfer/Edelstahl/Stahl, mit teilweiser Ummantelung aus ALU. Die Leitungen sind zum Teil unter

erschwerten Bedingungen im Installationsgang verlegt. Sowie Brandschutzabschottungen bei Querung von Brandabschnitten.

2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45.21.51.40 Ergänzende Gegenstände: 45.32.10.00,

45.34.31.00

- 3) Menge oder Umfang: –
- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:

Beginn der Bauarbeiten: 22. Februar 2016 Abschluss der Bauarbeiten: 25. Juli 2017

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen: -

Hamburg, den 14. Dezember 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung – Amtl. Anz. S. 1041

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Deutschland

Kontaktstelle(n):

Bearbeiter: Herr Weimann Telefon: +49/(0)40/42842-218

Telefan: +49/(0)40/42842-218Telefan: +49/(0)40/42792-1200

E-Mail:

PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)

Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene.

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) Beschreibung
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

4121 G 1302

Umb. Hs 1 Südflügel Mitte, Kreuzbau, Interim

II.2.2)

II.3)

2140 15E0486 Laboreinrichtungen, Südflügel - Mitte -II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung: Bauleistung Ausführung Hauptausführungsort: Hamburg NUTS-Code: DE600 II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag Angaben zur Rahmenvereinbarung: -II.1.4) II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens: Laboreinrichtungen für Labor- Arbeitsplätze, Sicherheitsschränke und Labor-Kühlschränke. Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge II.1.6) (CPV) Hauptgegenstand: 45.21.51.40 Ergänzende Gegenstände: 45.54.00.00 II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein II.2) Menge oder Umfang des Auftrags II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: Herstellung/Lieferung von 2 Labor-Nassarbeitsplätzen, 6 Laborarbeitsplätzen, 1 Tisch- Abzug, 2 Digestorien, 10 Sicherheitsschränken und 3 Labor-Kühlschränken.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE

Beginn: 12. September 2016

Ende: 30. November 2016

UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

Optionen: -

tragsausführung

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: Siehe Vergabeunterlagen.

Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auf-

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-III.1.2) gungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: -

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähig-Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: -

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: -

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: -

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: -

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: -

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren Vergabe Nr. 15 E 0486

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: -

Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilneh-IV.1.3) mer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsinformationen

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: 15 E 0486

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

> Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

6. Januar 2016, 24.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Verwendungszweck: Vergabe 15 E 0486

Kontonummer: 1027 210 333, BLZ, 200 505 50

IBAN: DE22 2005 0550 1027 2103 33 BIC-Code: HASPDEHHXXX Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:16. Februar 2016, 10.00 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 1. April 2016
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:16. Februar 2016, 10.00 Uhr

Ort: Anschrift siehe Nr. I.1

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmachtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** –
- VI.2) Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird: –
- VI.3) **Sonstige Informationen**

Tag der Absendung der Verdingungsunterlagen an die Käufer der Unterlagen: 13. Januar 2016

- VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren: –
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 15. Dezember 2015

Hamburg, den 15. Dezember 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung – Amtl. Anz. S. 1042

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg, U 40, Einkauf/Vergabe,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,

Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/

des Auftraggebers:

http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) Beschreibung
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau eines dreigeschossigen Schulgebäudes für die Grundschule Richardstraße mit Anbau einer eingeschossigen Mensa. Hier: Trockenbau – Sonnenschutz – Heizung – Sanitär.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Richardstraße 85, 22089 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Baumaßnahme umfasst einen dreigeschossigen Neubau mit insgesamt 19 Klassen- und Fachklassenräumen zzgl. Nebenräumen um ein dreigeschossiges Atrium. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 4.200m². Die Baustelle wird auf 3 Seiten eng begrenzt durch eine unmittelbar angrenzende

bestehende Grundschule und Privatgrundstücke mit geschütztem Baubestand auf der Grundstücksgrenze. Auf der 3. Seite entsteht zeitgleich der private Neubau einer Kita, die unmittelbar an den eingeschossigen Mensabauteil angrenzt. Die Baustelle ist über die Straße Blumenau unabhängig vom angrenzenden Schulbetrieb anfahrbar. Eingeschränkte Lagerflächen befinden sich auf dem Grundstück. Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich Februar 2015 bis Juni 2017.

Hier:

2142

- Los 1: Trockenbau
- Los 2: Sonnenschutz
- Los 3: Heizung
- Los 4: Sanitär
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214210

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Der Gesamtauftragswert für alle Lose wird auf 756.000,– Euro inkl. Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 756.000,- Euro

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung:

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

> Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

> Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate)

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den drei Jahren 2012, 2013 und 2014.

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) Verfahrensart
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 08-16 BR

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

2015/S 147-269660 vom 1. August 2015

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 26. Januar 2016, 10.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB EU 08-16 BR

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,– Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine der genannten Varianten wählen.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:28. Januar 2016, 10.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:Tag: 28. Januar 2016, 10.00 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/

Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,

Deutschland

Telefax: +49/040/42840-2039

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß §107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,

Rechtsabteilung U 1,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

8. Dezember 2015

ANHANG B ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Neubau eines dreigeschossigen Schulgebäudes für die Grundschule Richardstraße mit Anbau einer eingeschossigen Mensa. Hier: Trockenbau – Sonnenschutz – Heizung – Sanitär.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Trockenbauarbeiten

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45421141

3) Menge oder Umfang:

Ständerwerkwände 925 m², Vorwandinstallation/ Schachtwände 390m², Akustik-Wandabsorber 180m², GK Abhangdecken 3950 m²

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 355.000,- Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mitte Dezember 2016 bis Ende April 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 28. Januar 2016 um 10.00 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Sonnenschutzarbeiten

- 1) Kurze Beschreibung: –
- Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45212190

3) Menge oder Umfang:

Außenliegende, vertikale Raffstore- und Markisen-Sonnenschutzanlagen ca.560 m².

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 94.000,– Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mitte November 2016 bis Anfang Februar 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 28. Januar 2016 um 10.30 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Heizungstechnik

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45331100

3) Menge oder Umfang:

162 m Stahlrohrleitung (DIN EN 10255 und DIN EN 10220), 2550 m C-Stahlrohrleitung (DIN EN 10305), 80 m Kunststoffrohrleitung für Erdverlegung (Twin-Rohr), 1 St. Fernwärmekompaktsta-

tion, 15 St. Plattenheizkörper (Hygieneausführung), 4 St. Konvektoren, 92 St. Röhrenradiatoren. Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 165.000,– Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin der Gesamtmaßnahme: Februar 2016 bis August 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 28. Januar 2016 um 11.00 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 4

Bezeichnung: Sanitärtechnik

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45332400

3) Menge oder Umfang:

170 m Grundleitungen KG 2000 DN 100-150, 240 m muffenloses Gussrohr DN100-150, 500 m Kupferrohr DN 12-DN 50, 280 m PE-Xb Rohr DN 12-DN 40 24 Skt. WC-Anlagen, 4 Ausgussbecken, 41 Stk. Waschtischanlagen, 11 Urinalanlagen, 7 Stk. Hygienespülstationen.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 142.000,- Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin der Gesamtmaßnahme: Februar 2016 bis August 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 28.01.2016 um 11:30 Uhr in Raum 005.

Hamburg, den 8. Dezember 2015

Die Finanzbehörde

1043

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Finanzbehörde Hamburg

Beschaffung und Strategischer Einkauf

Zu Händen Frau Iris Peters

Telefax: +49/040/42731-0686

E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:

http://www.hamburg.de/ausschreibungen

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Servicedienstleistungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen im Hamburger Rathaus und anderen Liegenschaften von Senats- und Bürgerschaftskanzlei.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Gaststätten und Beherbergungsgewerbe.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 2 Jahre

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

> Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) -Landesbetrieb RathausService – als Auftraggeber (AG) beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Erbringung von Servicedienstleistungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen im Hamburger Rathaus und anderen Liegenschaften von Senats- und Bürgerschaftskanzlei. Wesentliche Aufgabe des Dienstleisters ist es, Servicepersonal stundenweise zur Verfügung zu stellen, das Dienstleistungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen im Hamburger Rathaus und anderen Liegenschaften von Senats- und Bürgerschaftskanzlei erbringt. Veranstaltungen, wie zum Beispiel Sitzungen, Tagungen, Empfänge und gesetzte Essen, im Hamburger Rathaus und anderen Liegenschaften der Senats- und Bürgerschaftskanzlei werden durch den Landesbetrieb RathausService betreut. Es wird ein zuverlässiger Dienstleister gesucht, der durch Servicekräfte das hauseigene Personal (Ratsdiener) unterstützt.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 55320000 Ergänzende Gegenstände: 55400000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Der Vertrag wird für die Zeit vom 1. Mai 2016 bis 30. April 2018 geschlossen. Danach verlängert er sich jeweils um ein weiteres Jahr, längstens jedoch bis zum 30. April 2020, wenn nicht einer der Vertragspartner 6 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt. Wesentliche Aufgabe des Dienstleisters ist es, Servicepersonal stundenweise zur Verfügung zu stellen, das Dienstleistungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen im Hamburger Rathaus und anderen Liegenschaften von Senats- und Bürgerschaftskanzlei erbringt. Es werden zwei Kategorien von Servicekräften benötigt: 1. Personal, das alle in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Aufgaben erfüllen kann 2. Personal, das vorwiegend mit Hilfsund Hintergrundarbeiten befasst ist, im Notfall jedoch in der Lage sein muss, auch im Service auszuhelfen.

II.2.2) Angaben zu Optionen

Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja Zahl der möglichen Verlängerungen: 2

II.3) Vertragslaufzeit bzw.

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 24 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: -
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Alle Bieter müssen mit Ihrem Angebot die "Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz" einreichen. Das entsprechende Formular finden Sie in den Vergabeunterlagen. Es wer-

den keine Arbeitnehmerüberlassungsverträge geschlossen.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

> Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

> Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach §150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähig-

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Um die Eignung des Bieters und ggf. des Unterauftragnehmers/der Unterauftragnehmer in Bezug auf seine technische Leistungsfähigkeit, Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilen zu können, muss mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist folgendes eingereicht werden:

- 1.) Falls zutreffend die Erklärung einer Bietergemeinschaft;
- 2.) Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (siehe Vergabeunterlagen);
- 3.) eine Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Um die Eignung des Bieters und ggf. des Unterauftragnehmers/der Unterauftragnehmer in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilen zu können, muss mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist folgendes eingereicht werden:

- 1.) Bisher durchgeführte Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs der letzten drei Jahre. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen mindestens 2 aussagefähigen Referenzen sind jeweils: Auftragsumfang, Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefonnummer, Auftragsjahr und Gesamtumsatz zu nennen. (Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt). Bei Bietern, die die FHH als AG in den letzten Jahren mit Leistungen ähnlicher Art beliefert haben, ist ein entsprechender Hinweis in den Angeboten anstelle der Referenzen ausreichend.:
- 2.) Nachweis einer Bietergemeinschaft. Nur dann zu erbringen, wenn eine Bietergemeinschaft besteht. Das entsprechende Formular finden Sie in den Vergabeunterlagen.

- 3.) Erklärung über die Bereitschaft, alle eingesetzten Personen nach dem "Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz HmbSÜG)" überprüfen zu lassen. Das entsprechende Formular finden Sie in den Vergabeunterlagen.
- 4.) Personalkonzept, siehe Ziffer 3.1.2 der Leistungsbeschreibung.
- 5.) Abbildungen der vorgesehenen Dienstbekleidung.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: -

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand
 Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

> Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Angebotspreis	25
2. Personalkonzept	25
3. Arbeitsprobe	25
4. Reaktionszeit für Ersatz- bzw. zusätzliches Personal	10
5. Anzahl Servicekräfte	10
6. Mindestabnahme pro Servicekra	ıft 5

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

Aktenzeichen: 153-0/30.147 Vergabenummer: 2015000109

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:

Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 21. Januar 2016, 9.59 Uhr.

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 0,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Über das Online-Portal Hamburg-Service (www. gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Vergabeunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und Ihr Angebot elektronisch einreichen.

Hier finden Sie Hinweise zur Registrierung: https://gateway.hamburg.de/hamburggateway/fvp/fv/BasisHilfe/HilfeFirmen.aspx

Die Vergabeunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2015000070 per E-Mail unter ausschreibungen@fb.hamburg.de abgefordert werden.

WICHTIG: Um die Unterlagen zu erhalten, benötigen wir zwingend Ihre vollständigen Kontaktdaten (Firmenname, Name des Ansprechpartners/Ansprechpartnerin, vollständige Anschrift, E-Mail, Telefon und Fax) für mögliche Nachfragen. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir bei unvollständigen Angaben, keine Unterlagen versenden.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
 - 21. Januar 2016, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 29. April 2016
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
 Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: -
- VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union: Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 22 EG VOL/A). Dieser Vertrag unterliegt dem Geltungsbereich des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Transparenzportal veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein. Die Finanzbehörde behält sich vor, von den Bewerbern auf gesonderte Anforderung entspre-

chende Bescheinigung (Steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an Öffentlichen Aufträgen bzw. Bescheinigung in Steuersachen, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse usw.) in aktueller Fassung (nicht älter als 12 Monate) abzufordern. Fragen sind per E-Mail oder Fax an die in Ziffer I.1) ersichtliche Kontaktstelle bis zu 7 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten. Danach eingehende Fragen werden nicht mehr berücksichtigt. Bietergemeinschaften haben in dem Antrag sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie einen bevollmächtigten Vertreter/eine bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Im Falle der Auftragsvergabe haften die Bietergemeinschaften gesamtschuldnerisch. Der Auftraggeber erwartet auch im Fall einer Bietergemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Die unter Punkt III.2.1 und III.2.2 geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Sofern sich ein/e Bewerber/in zum Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft, hat er/sie die geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen. Die Verantwortung für die Auswahl der Unterauftragnehmer und die Gestaltung der Unteraufträge liegt beim Auftragneh-

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:

Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,

Telefon: +49/040/42823-1448 Telefax: +49/040/42823-2020

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:

Große Bleichen 27, 20354 Hamburg, Telefon: +49/040/42823-1448

Telefax: +49/040/42823-2020

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

11. Dezember 2015

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- Adressen und Kontaktstellen, bei denen n\u00e4here
 Ausk\u00fcnfte erh\u00e4ltlich sind: -
- II) Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem): –
- III) Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n): Submissionsstelle

Zu Händen von Raum 100 Telefax: +49/40/42731-0686

E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:

http://www.hamburg.de/ausschreibungen

Hamburg, den 11. Dezember 2015

Die Finanzbehörde

1044

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg, U 40, Einkauf/Vergabe, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/ des Auftraggebers:

http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau eines dreigeschossigen Schulgebäudes für die Grundschule Richardstraße mit Anbau einer eingeschossigen Mensa. Hier: Küche, Estrich, Metall-Dach, Fernmelde-IT.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Richardstraße 85, 22089 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Baumaßnahme umfasst einen dreigeschossigen Neubau mit insgesamt 19 Klassen- und Fachklassenräumen zzgl. Nebenräumen um ein dreigeschossiges Atrium. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 4.200m2. Die Baustelle wird auf 3 Seiten eng begrenzt durch eine unmittelbar angrenzende bestehende Grundschule und Privatgrundstücke mit geschütztem Baubestand auf der Grundstücksgrenze. Auf der 3. Seite entsteht zeitgleich der private Neubau einer Kita, die unmittelbar an den eingeschossigen Mensabauteil angrenzt. Die Baustelle ist über die Straße Blumenau unabhängig vom angrenzenden Schulbetrieb anfahrbar. Eingeschränkte Lagerflächen befinden sich auf dem Grundstück. Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich Februar 2015 bis Juni 2017.

Hier

- Los 1: Küchenausstattung
- Los 2: Estricharbeiten
- Los 3: Metallbauarbeiten-Dachverglasung
- Los 4: Fernmelde-IT Anlagen
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214210

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Der Gesamtauftragswert für alle Lose wird auf 388.000,– Euro inkl. Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 388.000,- Euro

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw.
Beginn und Ende der Auftragsausführung:

I aufzeit: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: -
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

- III.2) Teilnahmebedingungen
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate)

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer,

ODER:Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),

- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den drei Jahren 2012, 2013 und 2014,

und

gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: -
- III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
 Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) Verfahrensart
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) Zuschlagskriterien
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –
- IV.3) Verwaltungsangaben
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 09-16 E
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

2015/S 147-269660 vom 1. August 2015

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 26. Januar 2016, 10.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 09-16 E

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,– Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

28. Januar 2016, 10.00 Uhr.

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 28. Januar 2016, 10.00 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,

Deutschland

Telefax: +49/040/42840-2039

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß §107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

9. Dezember 2015

ANHANG B ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Neubau eines dreigeschossigen Schulgebäudes für die Grundschule Richardstraße mit Anbau einer eingeschossigen Mensa. Hier: Küche, Estrich, Metall-Dach, Fernmelde-IT.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Küchenausstattung

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 39221000

3) Menge oder Umfang:

1 Skt. Haubengeschirrspülmaschine, 1 Stk Gefrierschrank, 1 St Doppelspüle mit Unterschrank, 7 Stk. Unterschränke aus Edelstahl, 1 Stk. Lebensmittelschrank, 1 Stk. Garderobenschrank, 3 Stk. Hängeschrank, 1 Stk. Unterbauherd mit Einbaukochmulde, 1 Stk. Offener Tresen, 1 Stk. Hygienewand, 2 Stk. durchgehende Arbeitsplatte, 1 Stk. Handwasch-Ausgussbecken, 1 Stk. Speiseausgabewagen.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 59.000,- Euro

4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin der Gesamtmaßnahme: Februar 2016 bis August 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 28. Januar 2016 um 10.00 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Estricharbeiten

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45262320

3) Menge oder Umfang:

Schwimmender, unbeheizter Zementestrich auf Trittschall- bzw. Wärmedämmung ca. 3.900 m² Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 92.000,– Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mitte März 2017 bis Mitte Mai 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 28. Januar 2016 um 10.30 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Metallbauarbeiten – Dachverglasung

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45223100 Ergänzende Gegenstände 45223110

3) Menge oder Umfang:

ca. 100 m² Oberlichtverglasung mit RWA-Öffnungen als Pfosten-Riegel-Metallkonstruktion.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 121.000,– Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mitte November 2016 bis Anfang März 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 28. Januar 2016 um 11.00 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 4

Bezeichnung: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 32522000 Ergänzende Gegenstände 32523000

3) Menge oder Umfang:

3 Stk. Lichtrufanlagen, 7 Stk. Funkuhren, 1 Stk. Elektroakustische Anlage mit ca. 140 Stk. Deckeneinbau-/Wandanbaulautsprechern, 1. Stk. Gefahrenmeldeanlage mit ca. 26 Stk., Handdruckknopfmeldern blau und ca. 26 Stk. Warntongebern und ca. 6 Stk. Rauchmelder, 3 Stk. Datenschränke 42 HE mit ca. 120 Stk. Datendoppeldosen.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 116.000,- Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin der Gesamtmaßnahme: Februar 2016 bis August 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 28. Januar 2016 um 11.30 Uhr in Raum 006.

Hamburg, den 9. Dezember 2015

Die Finanzbehörde

1045

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg, U 40, Einkauf/Vergabe, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,

Deutschland Kontaktstelle(n):

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/ des Auftraggebers:

http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) Beschreibung
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau eines sechsgeschossigen Gebäudes für die Fusion der Handelsschulen H07 und H20 zur Beruflichen Schule City Nord. Hier: Rohbau, Estrich, Dach, Sanitär. II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Tessenowweg 3, 22297 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Berufliche Schule befindet sich in der City Nord in Hamburg. Die Baumaßnahme umfasst einen sechsgeschossigen Neubau mit Forum, Mensa, Konferenzbereich, Sekretariat, Lehrerbereich und Verwaltung im EG und I. OG sowie Klassen- und Gruppenräumen in den übrigen Geschossen. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 10.800 m². Der BRI des Gebäudes beträgt 52.000 m³. Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich März 2016 bis November 2017.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214220

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Der Gesamtauftragswert für alle Lose wird auf 6.160.000,- Euro inkl. Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 6.160.000,- Euro

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: Laufzeit: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: -
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

- III.2) Teilnahmebedingungen
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate)

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den drei Jahren 2012, 2013 und 2014.

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: -
- III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
 Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) Verfahrensart
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: -
- Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer IV.1.3) im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: -
- IV.2) Zuschlagskriterien
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: -
- IV.3) Verwaltungsangaben
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 10-16 G
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Vorinformation 2015/S 204-369631 vom 21. Oktober 2015
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 25. Januar 2016, 10.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 10-16 G

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine der genannten Varianten wählen.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
 - 26. Januar 2016, 10.10 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: -
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

> Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 26. Januar 2016, 10.10 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: VI.1) Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

> Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –

VI.3) Zusätzliche Angaben:

> Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,

Deutschland

Telefax: +49/040/42840-2039

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

> Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

> Gemäß §107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

> Des Weiteren ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von VI.4.3) Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,

Rechtsabteilung U 1,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 10. Dezember 2015

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Neubau eines sechsgeschossigen Gebäudes für die Fusion der Handelsschulen H07 und H20 zur Beruflichen Schule City Nord. Hier: Rohbau, Estrich, Dach, Sanitär.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Rohbauarbeiten

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45223220

3) Menge oder Umfang:

ca. 2.300 m² Gründung; ca. 6.800 m² Stahlbetonwände davon ca. 5800 m² Sichtbetonschalung; ca. 10.000 m² Stahlbetondecken; ca. 270 m³ Unterund Überzüge in Stahlbeton; ca. 450 m Stahlbetonstützen; ca. 1.400 m² Verblendmauerwerk; ca. 3.100 m² Mineralisches WDVS; ca. 1.100 t Bewehrungsstahl; ca. 350 m² Fertigteiltreppen; ca. 5.800 m² Sichtbetonschalung, SB III V.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 4.900.000,– Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: April 2016 bis Mai 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 26. Januar 2016 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Estricharbeiten

- 1) Kurze Beschreibung: –
- Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45262320

3) Menge oder Umfang:

ca. 8.500 m^2 schwimmender Estrich; ca. 2.070 m^2 Estrichveredelung

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 355.000,- Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juni 2017 bis Juli 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 26. Januar 2016 um 10:40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Dachabdichtungsarbeiten

1) Kurze Beschreibung: –

2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45260000

3) Menge oder Umfang:

ca. 2.400 m² Flachdachabdichtung inkl. Dämmung; ca. 1.990 m² Abdichtung der Sohlplatte; ca. 450 m Alu Attikaabdeckung; 3 Stück Abzugsöffnungen.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 420.000,- Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mitte Oktober 2016 bis April 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 26. Januar 2016 um 11.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 4

Bezeichnung: Sanitäranlagen

- 1) Kurze Beschreibung: –
- 2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45332400

3) Menge oder Umfang:

ca. 200,00 m Grundleitungen aus KG-/SML-Rohr DN100-150, einschl. Erdarbeiten; 1 St. Fettabscheider NS7, Erdeinbau; ca. 1.300,00 m Abwasserleitung aus KG-/HT-Rohr DN50-150; 18 St. elektr. Durchlauferhitzer; ca. 850,00 m Trinkwasserleitungen aus Kupfer DN15-50; ca. 124 St. sanitäre Objekte; ca. 20,00 m Gasleitungen aus Kupfer DN12.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 360.000,- Euro

- 4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –
- 5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: September 2016 bis November 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 26. Januar 2016 um 11.40 Uhr in Raum 004.

Hamburg, den 10. Dezember 2015

Die Finanzbehörde

1046

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg, U 40, Einkauf/Vergabe, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/ des Auftraggebers:

http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau eines sechsgeschossigen Gebäudes für die Fusion der Handelsschulen H07 und H20 zur Beruflichen Schule City Nord. Hier: Gebäudeautomation.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Tessenowweg 3, 22297 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Berufliche Schule befindet sich in der City Nord in Hamburg. Die Baumaßnahme umfasst einen sechsgeschossigen Neubau mit Forum, Mensa, Konferenzbereich, Sekretariat, Lehrerbereich und Verwaltung im EG und I. OG sowie Klassen- und Gruppenräumen in den übrigen Geschossen. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. $10.800\,\mathrm{m}^2$. Der BRI des Gebäudes beträgt $52.000\,\mathrm{m}^3$. Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich März 2016 bis November 2017.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge

Hauptgegenstand: 45214220 Ergänzende Gegenstände: 45331000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

ca. 13.800 m Elt.-Kupferkabel; ca. 50 St. CO₂-Warnanlagen; ca. 24 St. Temperaturfühler; ca. 28 St. Präsensmelder; ca. 13 St. Regelventile.

Voraussichtlicher Ausführungstermin: September 2016 – November 2017.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 550.000,- Euro

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: Laufzeit: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

> Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

> Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate)

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den drei Jahren 2012, 2013 und 2014,

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: -

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) Zuschlagskriterien
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –
- IV.3) Verwaltungsangaben
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 12-16 G
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 28. Januar 2016, 10.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB EU 12-16 G

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine der genannten Varianten wählen.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

29. Januar 2016, 10.10 Uhr.

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
 Laufzeit: 45 Monate ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 29. Januar 2016, 10.10 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union: Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der

Europäischen Union finanziert wird: -

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/

Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,

Deutschland

Telefax: +49/040/42840-2039

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,

Rechtsabteilung U 1,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,

Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

14. Dezember 2015

Hamburg, den 14. Dezember 2015

Die Finanzbehörde

1047

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

- Berichtigung -

541 K 2/15 und 541 K 3/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22609 Hamburg, Christian-F.-Hansen-Straße 14 belegene, im Grundbuch von Nienstedten Blatt 2157 und Nienstedten Blatt 2166 eingetragene Wohnungs- und Teileigentum, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Es handelt sich um 1. eine etwa 145,6 m² große 3-Zimmer-Wohnung mit Küche, Vollbad, Duschbad und Balkon nebst Kellerraum. Heizung und Warmwasserversorgung über Gaszentralheizung. Baujahr etwa 1973 (Nienstedten Blatt 2157). 2. einen Miteigentumsanteil an einer Tiefgarage (Nienstedten Blatt 2166).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist jeweils am 19. Februar 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß §74a Absatz 5 ZVG: Für das Wohnungseigentum 700000,– Euro, für das Teileigentum 20500,– Euro.

Das über den Verkehrswert des Wohnungs- und Teileigentums eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 14 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf Freitag, den 5. Februar 2016, 9.30 Uhr, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach §55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. Dezember 2015

Das Amtsgericht Hamburg-Blankenese

Abteilung 541

1048

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß §12 VOL/A

DESY Ausschreibungsnummer: C2070-15-PETRA III

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY Haus- und Lieferanschrift: Notkestraße 85, 22607 Hamburg Briefpost: 22603 Hamburg

Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:

"Öffentliche Ausschreibung DESY C2070-15 Angebotstermin 11. Januar 2016"

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY Haus- und Lieferanschrift: Notkestraße 85, 22607 Hamburg Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Rahmenvertrag für die umweltverträgliche Verwertung/ Beseitigung von gefährlichen Abfällen einschließlich der erforderlichen Dienstleistungen (auch in Kleinstmengen) gemäß beigefügter technischen Spezifikation. Die Abfallmenge betrug im Jahr 2014 insgesamt 8,27 Tonnen.

Leistungsort: Betriebsgelände des Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY in Notkestraße 85, 22603 Hamburg.

- e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: Entfällt
- f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: Entfällt
- g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Vertragslaufzeit: 1. März 2016 bis 28. Februar 2017 mit jährlicher Optionswahrnehmung für weitere 3 Jahre (jeweils vom 1. März bis 28. Februar).

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY Abteilung V4 – Warenwirtschaft Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Ablauf der Angebotsfrist: 11. Januar 2016Ablauf der Bindefrist: 1. März 2016

j) Geforderte Sicherheiten: Entfällt

 k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

 Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.

- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie den Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat (siehe Vordruck "Eigenerklärungen").
- Eigenerklärung, dass in diesem Vergabeverfahren keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf die Eignung abgegeben worden sind (siehe Vordruck "Eigenerklärungen").
- Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Abs.1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder § 6 Satz 1 oder 2 Arbeitnehmer-Entsendegesetz nicht vorliegen.
- Nachweis einer Betriebshaftplichtversicherung.
- Referenzen der letzten 3 Jahre über bereits erbrachte Leistungen der geforderten Art.
- Nachweis der Zulassung als Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 KrW-/AbfG für gefährliche Abfäller (Kopie des Zertifikates inklusive der Anhänge).

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: Entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 14. Dezember 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 1049

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß §12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2076-15 Petra III

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY Hausanschrift: Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) Art des Auftrags: Einheitspreisvertrag

e) Ort der Ausführung:

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg bzw. des XFEL in Schenefeld.

f) Art und Umfang der Leistung:

Die Kühlwasserversorgungsanlagen werden eingesetzt, um Komponenten der Beschleunigeranlage Petra 3, Magnete, Gleichrichtergeräte, aber auch Klimaanlagen mit Kühlleistung zu versorgen. Die in den Verbrauchern entstehende Wärme wird in geschlossenen Wasserkreisen über Rohrleitungssysteme, Förderpumpen an den Fernkältering bzw. an Kühltürme abgegeben. Diverse unterschiedliche Wasserkreise sind notwendig, um die

Anforderungen an Temperatur, Druck und Leitfähigkeit der Verbraucher zu erfüllen. Diese Anlagen der Kühlwasserversorgung benötigen eine elektrische Energieversorgung für Pumpenantriebe, Klappenantriebe, für Sensoren, Aktoren und diverse elektrische Verbraucher. Anlagenschutz, Bedienung, Automatisierung Anbindung an das vorhandene Leitsystem wird über SPS Technologie (Speicherprogrammierbare Steuerung)

Der Umfang des Auftrages beinhaltet: Die Fertigung, Lieferung, Aufstellung und Inbetriebnahme der neuen Last-/Steuerungsschaltschränke im

- Kühlwasserversorgung PETRA 3 Extension East (PXE)
- Kühlwasserversorgung PETRA 3 Extension North (PXN)

Die Lieferung und Verlegung der erforderlichen Kabel und Leitungen, das betriebsfertige Anschließen aller Kabel und Leitungen, schrankseitig und verbraucherseitig . Das Liefern und Montieren von Kabelpritschen zur Aufnahme der zu verlegenden Kabel und Leitungen. Die Programmierung der Steuerungen ist nicht Bestandteil der Ausschreibung

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden: Entfällt

h) Losweise Vergabe:

Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.

i) Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:

Ausführungszeitraum: ca. Februar 2016 bis ca. Mitte April 2016. Zwischentermine gemäß dem Bauzeitenplan.

j) Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2076-15 Petra III:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

1) Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist: Entfällt

m) Bei Teilnahmeantrag:

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 12. Januar 2016 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 13. Januar 2016 versendet.

n) Frist für den Eingang der Angebote:

Bis Mittwoch, den 20. Januar 2016 um 13.30 Uhr im Gebäude 11a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) Anschrift:

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

DESY C2076-15 Petra III Angebotstermin: 20. Januar 2016, Uhrzeit: 13.30 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) Sprache:

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

Am Mittwoch, dem 20. Januar 2016 um 13.30 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein. Die jeweils erforderliche Vollmacht ist zum Termin mitzubringen.

r) Geforderte Sicherheiten:

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) Zahlungsbedingungen:

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) Rechtsform einer Bietergemeinschaft:

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:

Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 "Eigenerklärungen zur Eignung" des Vergabehandbuches Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß §150a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) Zuschlagsfrist:

Der Bieter hält sich an sein Angebot 30 Tage ab Schlusstermin für den Eingang der Angebote gebunden.

w) Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 14. Dezember 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

Druckerei und Verlag Rondenbarg 8 22525 Hamburg

Dienstag, den 22. Dezember 2015

Amtl. Anz. Nr. 100

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß §12 VOL/A

DESY Ausschreibungsnummer: C2082-15-PETRA III

a) Auftraggeber:

2160

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY Haus- und Lieferanschrift: Notkestraße 85, 22607 Hamburg Briefpost: 22603 Hamburg

Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:

"Öffentliche Ausschreibung DESY C2082-15 Angebotstermin 11. Januar 2016"

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY Haus- und Lieferanschrift: Notkestraße 85, 22607 Hamburg Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Im Wege einer öffentlichen Ausschreibung nach VOL/A soll 1 Stück Zylinderspiegel für PETRA III beschafft werden.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

- e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: Entfällt
- f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: Entfällt
- g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist: schnellstmöglich
- h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY Abteilung V4 – Warenwirtschaft Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

 Die Vergabeunterlagen können bis zum 4. Januar 2016 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: 11. Januar 2016 **Ablauf der Bindefrist:** 15. Februar 2016

i) Geforderte Sicherheiten: Entfällt

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).
- Referenzen (Beschreibung) über bereits erbrachte Leistungen der geforderten Art mit Nennung von Kontaktdaten des Auftraggebers.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: Entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 16. Dezember 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 1051